

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

der Pommersche Volksbank eG

Gliederung des Lageberichts

- A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit
- B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)
 - 1. Rahmenbedingungen
 - 2. Finanzielle Leistungsindikatoren
 - 3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs
 - 4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 - 5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage
- C. Risiko- und Chancenbericht
- D. Prognosebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Wesentliche Veränderungen unserer Geschäftstätigkeit gab es im abgelaufenen Geschäftsjahr keine.

Als Genossenschaftsbank besteht unsere Kernaufgabe darin, die wirtschaftliche Entwicklung unserer Mitglieder und Kunden zu fördern.

Unsere Bank hat als zentrale Geschäftsfelder das Privat- und das Firmenkundengeschäft sowie als Ergänzung zum Kundengeschäft und zur Liquiditäts-, Ertrags- und Risikosteuerung das Eigenanlagengeschäft. Darüber hinaus nutzen wir das Leistungsangebot innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe. Im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit unterhalten wir keine Zweigniederlassungen. Zur Erfüllung von § 1 EinSiG i. V. m. § 1 Abs. 3d Satz 1 KWG gehört die Bank der BVR Institutssicherung an. Diese ist eine Einrichtung der BVR Institutssicherung GmbH, Berlin (BVR-ISG), die als amtlich anerkanntes Einlagensicherungssystem gilt. Daneben ist unsere Bank der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR-SE) angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht. Die BVR-SE ist als zusätzlicher, genossenschaftlicher Schutz parallel zum BVR-ISG Sicherungssystem tätig.

B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)

1. Rahmenbedingungen

Zu Jahresbeginn war die Wirtschaftsleistung noch kräftig expandiert, befördert insbesondere durch die voranschreitende Erholung der kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche vom pandemiebedingten Einbruch 2020. Im weiteren Jahresverlauf verschlechterte sich die Konjunktur aber deutlich, was in eine Stagnation zum Jahresende mündete. Hauptgrund für die Verschlechterung waren die wirtschaftlichen Begleiterscheinungen des Ende Februar einsetzenden Ukraine-Krieges, wie nochmals steigende Energie- und Rohstoffpreise, länger bestehende Lieferkettenstörungen und enorme Unsicherheiten, nicht zuletzt über die Gasversorgung. Ende August stellte Russland seine Gaslieferungen nach Deutschland vollständig ein. Gedämpft wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zudem durch den bereits vor dem Kriegsausbruch verbreiteten Arbeitskräftemangel und die Spätfolgen der Covid-19-Pandemie, die sich unter anderem in zeitweisen Lockdowns in wichtigen Häfen und Metropolen Chinas und den streckenweisen hohen Krankenständen hierzulande zeigten.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind, nach einem geringfügigen Zuwachs im Vorjahr (+0,4 %), im Verlauf von 2022 zunächst kräftig gestiegen. Angesichts der Rückführung von Infektionschutzmaßnahmen wurde vor allem in den Bereichen Gastgewerbe sowie Freizeit, Unterhaltung und Kultur mehr ausgegeben. Zum Jahresende bremste dann jedoch der Höhenflug der Verbraucherpreise die Kaufkraft der Haushaltseinkommen verstärkt aus. Auf Jahressicht konnten die privaten Konsumausgaben dennoch preisbereinigt um deutliche 4,3 % zulegen und mit soliden 2,1 Prozentpunkten zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitragen. Die Konsumausgaben des Staates sind erneut gestiegen. Befördert wurden sie unter anderem durch das Nachholen verschobener medizinischer Behandlungen und die Mehrausgaben für aus der Ukraine geflüchtete Menschen. Der Zuwachs des Staatsverbrauchs fiel aber mit 1,2 % schwächer aus als im Vorjahr (+3,8 %), das stärker durch pandemiebedingte Sonderausgaben geprägt war.

Die Gemengelage aus enormen Preiserhöhungen, andauernden Personal- und Materialengpässen, eingetrübten Ertragsaussichten, ungünstigeren Finanzierungsbedingungen sowie hohen Unsicherheiten belastete das Investitionsklima spürbar. In Fahrzeuge, Maschinen und andere Ausrüstungen wurde angesichts der voranschreitenden Digitalisierung und der zunehmenden Bestrebungen zur Erhöhung der Energieeffizienz zwar mehr investiert. Der preisbereinigte Zuwachs um 3,5 % blieb somit leicht über dem Vorjahreswert (+3,3 %). Die Bauinvestitionen gaben hingegen um 1,7 % nach, da einer moderaten Ausweitung der öffentlichen Investitionen spürbare Rückgänge im Wohnungs- und Wirtschaftsbau gegenüberstanden. Insgesamt stagnierten die Bruttoanlageinvestitionen nahezu, nachdem sie im Vorjahr noch spürbar zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigetragen hatten.

Auch am Arbeitsmarkt setzte sich die Erholung vom Krisenjahr 2020 fort. Die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen ging weiter zurück. Trotz eines zeitweisen Anstiegs, im Zuge der erstmaligen Erfassung ukrainischer Flüchtlinge, gab die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt um etwa 200.000 auf rund 2,4 Millionen nach. Vor diesem Hintergrund sank auch die Arbeitslosenquote nochmals, von 5,7 % im Vorjahr auf 5,3 %. Die Erwerbstätigenzahl erhöhte sich 2022 um knapp 600.000 auf rund 45,6 Millionen Menschen. Sie erreichte damit einen neuen Höchststand.

Die Inflationsrate, gemessen am Verbraucherpreisindex, lag mit 6,9 % im Jahresdurchschnitt 2022 erheblich über ihrem Vorjahreswert von 3,1 %. Einen noch höheren Anstieg der Preise für die Lebenshaltung hatte es in der Bundesrepublik zuletzt 1973 mit 7,1 % gegeben. Maßgeblich für die enorme Teuerung waren die Energie- und Nahrungsmittelpreise, die im Zuge des Ukrainekrieges sowie der andauernden Lieferengpässe um außerordentliche 29,7 % und 13,4 % stiegen. Die Verbraucherpreisdynamik war bereits im Januar mit einer Inflationsrate von 4,2 % sehr kräftig. Sie beschleunigte sich angesichts extremer Import- und Erzeugerpreisanstiege weiter und führte im Oktober zu einem Jahreshöchststand der Inflationsrate von 8,8 %. Die Gesamtteuerung wäre allerdings noch höher ausgefallen, wenn der Staat nicht durch Entlastungsmaßnahmen gegengesteuert hätte. Zu nennen sind hier beispielsweise das 9-Euro-Ticket und der Tankrabatt, die in den Monaten Juni bis August wirkten, sowie die einmalige Übernahme der Gas- und Wärmerechnungen im Dezember.

Finanzmärkte

Das Jahr 2022 wurde vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der am 24. Februar 2022 begann, geprägt. Der Krieg führte zu steigenden Energie- und Rohstoffpreisen, die sich wiederum global in den höchsten Verbraucherpreisinflationsraten seit mehreren Jahrzehnten niederschlugen. Dabei traf die kriegsbedingte Energie- und Nahrungsmittelinflation auf eine bereits hohe Kerninflation, die den Preisauftrieb ohne diese beiden Faktoren misst. Diese hatte in den USA im Dezember 2021 bereits bei annualisiert 5,5 % gelegen, im Euroraum bei 2,6 %. 2022 stiegen beide Werte weiter und erreichten 5,7 % beziehungsweise 5,2 %. Verantwortlich hierfür waren anfangs vor allem Angebotsengpässe infolge aufgehobener Coronabeschränkungen weltweit – mit Ausnahme Chinas – und fortbestehende Lieferkettenprobleme infolge eben dieser Beschränkungen. Im Jahresverlauf kamen Zweitrundeneffekte hinzu, als von höheren Kosten betroffene Unternehmen ihre Preise erhöhten.

Weltweit reagierten Notenbanken auf die hohe Inflation mit Zinserhöhungen, also einer restriktiveren Geldpolitik. Während Schwellenländer ihre Leitzinsen teils schon 2021 erhöht hatten – wie etwa Brasilien, das seinen Leitzins bereits 2021 von 2 % auf 9,25 % erhöhte –, folgten die Industriestaaten erst 2022. Die US-Notenbank Fed erhöhte ihren Leitzins erstmals im März 2022. Die Europäische Zentralbank (EZB) folgte im Juli 2022. Zuvor hatten beide Notenbanken eine stark expansive Geldpolitik mit sehr niedrigen Zinssätzen betrieben.

Die US-Notenbank Fed straffte ihren geldpolitischen Kurs 2022 deutlich und erhöhte den Leitzins um 425 Basispunkte. Parallel begann sie den Abbau ihrer Bestände an Staats- und anderen staatsähnlichen Anleihen, die sie während der Niedrigzinsphase und der Coronapandemie erworben hatte. Ab Juli verringerte die Notenbank ihre Staatsanleihebestände um monatlich 30 Milliarden Dollar, indem sie fällig werdende Anleihen nicht reinvestierte. Ab September wurden monatlich 60 Milliarden Dollar nicht mehr reinvestiert.

Die Fed begegnete mit diesem straffen Kurs auch der Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale, also wechselseitigen Erhöhungen von Löhnen und Preisen. Auch zum Ende des Jahres blieb der Inflationsdruck hoch. Die US-Notenbank signalisierte zum Jahresende eine Fortsetzung ihres Kurses steigender Leitzinsen.

Zum Jahresbeginn ging die EZB trotz hoher und steigender Inflationsraten noch von einem temporären Inflationsschub aus. In mehreren Schritten beendete sie zuerst ihre Anleihekaufprogramme. Die Leitzinsen blieben daher zunächst noch extrem niedrig. Parallel stieg die Verbraucherpreisinflation im Euroraum im ersten Halbjahr von 5 % auf 8,6 %. Beginnend mit dem 27. Juli erhöhte die EZB dann auch ihren Leitzins erstmals seit dem Jahr 2011. In fünf Monaten stieg er um 250 Basispunkte auf 2,5 %. Zum Jahresende kündigten EZB-Präsidiumsmitglieder weitere Zinsschritte für das Jahr 2023 an, um die Inflation auf den Zielwert von 2 % zurückzuführen.

Parallel zu den Zinserhöhungen änderte die Notenbank nachträglich die Bedingungen der zuvor an Banken ausgereichten Gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (englisch TLTRO). Mit diesen hatte sie unter anderem während der Coronapandemie Kreditinstituten günstige Finanzierungsbedingungen angeboten, mit dem Ziel einer Stabilisierung beziehungsweise Erhöhung der Kreditvergabe. Die Änderungen erhöhten den auf diese Geschäfte von den Kreditinstituten zu zahlenden Zins. Die EZB begründete ihre Entscheidung mit dem geänderten Leitzinsumfeld, aber auch mit dem Ziel einer Dämpfung der Kreditvergabe angesichts der hohen Inflation. Zusätzlich bot die EZB zum Jahresende 2022 vorzeitige Rückzahlungen der TLTRO-Kredite an, um deren Volumen zu verringern. Bis Jahresende wurden so 35,2 % der Bestände abgebaut.

Auf ihrer letzten Sitzung im Jahr 2022, am 15. Dezember, entschied die EZB zudem, die vollständige Reinvestition ihrer Bestände an Staatsanleihen zu beenden. Ab März 2023 sollen auf diesem Weg Bestände in Höhe von durchschnittlich 15 Milliarden Euro monatlich abgebaut werden.

Das vergangene Jahr war auch für die internationalen Anleihemärkte außergewöhnlich. Sorgte Russlands Angriff auf die Ukraine unmittelbar noch für einen Rückgang der Anleiherenditen und damit eine Kurserholung, stiegen diese im weiteren Jahresverlauf deutlich. Die zunehmend straffen Zinsschritte weltweit wichtiger Notenbanken, insbesondere aber in den Industrieländern, bewirkten einen deutlichen Kursverfall. Entsprechend stiegen die Renditen deutlich.

Die Renditen begannen ihren Anstieg im März 2022, als die US-Notenbank Fed ihren Kurs änderte und die Zinsen erstmalig erhöhte. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe war am 4. März 2022 zum letzten Mal negativ, bei -0,10 %. Bis zum 20. Juni erhöhte sie sich aufgrund steigender Inflationserwartungen und der Zinserhöhungen der Notenbanken auf 1,75 %; die Anstiege anderer Staatsanleihen verliefen ähnlich. Im Sommer beruhigten sich die Renditen vorerst und fielen, erneut am Beispiel der zehnjährigen deutschen Anleihe, auf 0,76 % am 1. August zurück. Die Anleger reagierten in dieser Zeit auf die stark negativen Konjunkturprognosen des Sommers, die etwa für Europa eine Gasmangellage mit Energierationierung prognostizierten. Zugleich herrschte auch hinsichtlich der Zins- und Inflationspfade noch größere Unsicherheit, die auch die Bepreisung und Verzinsung von Anleihen erschwerte.

Ab Mitte August setzte dann jedoch ein erneuter Aufwärtstrend ein, der von den nun parallelen Zinserhöhungen der großen westlichen Notenbanken geprägt war. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe stieg auf 2,56 % zum Jahresende. Damit lag die Rendite 274 Basispunkte höher als zu Jahresanfang. Die Rendite der zehnjährigen US-Bundesanleihe stieg 2022 von 1,50 % auf 3,83 %, also um 233 Basispunkte. Neben den Renditen stieg auch die Volatilität an den Anleihemärkten, die insbesondere in der zweiten Jahreshälfte sehr stark auf makroökonomische Daten und die Ankündigungen sowie Kommunikation der Notenbanken Fed und EZB reagierte.

Regionale Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern

Im Jahr 2022 lag die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt bei 7,3 % (2021: 7,6 %). Bezogen auf den Jahresdurchschnitt war 2019 das Jahr mit der niedrigsten Arbeitslosenquote (7,1 %).

Die Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt/BIP) ist nach den vorläufigen Ergebnissen in Mecklenburg-Vorpommern im ersten Halbjahr 2022 im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr nach Angaben des Statistischen Amtes preisbereinigt um 5,2 % gewachsen. Im gleichen Vorjahres-Zeitraum lag die Steigerung bei 1,3 %.

Die Zahl der Baugenehmigungen ist bis November 2022 im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Wie aus den Daten des statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern hervorging, gab es zwischen Januar bis einschließlich November 2022 mit 3.991 positiv beschiedenen Anträgen mehr Baugenehmigungen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres mit insgesamt 3.715. Auch die Zahl der hierbei neu zugelassenen Bauprojekte für Wohngebäude lag in den ersten elf Monaten mit rund 2.541 über der des Vorjahreszeitraumes von 2.393.

Insgesamt schätzen wir die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Geschäftsgebiet Vorpommern-Rügen als robust und wenig konjunkturabhängig ein. So entwickelt sich die Einwohneranzahl (absolut betrachtet) leicht positiv bei einem ebenfalls leicht steigenden Kaufkraftindex. Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen liegt langjährig auf einem sehr niedrigen Niveau und ist 2020 und 2021 weiter rückläufig.

2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung planen und steuern wir die Entwicklung unseres Institutes auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen:

- Betriebsergebnis vor Bewertung (1,27 % zur durchschnittlichen Bilanzsumme)
- Liquidity Coverage Ratio (LCR) (mindestens 110 %)
- Solvabilitätskennzahl (CRR) (mindestens 13,27 %)

Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Rentabilität der Bank wird die Relation des Betriebsergebnisses vor Bewertung zur durchschnittlichen Bilanzsumme (nachfolgend: "BE vor Bewertung/dBS") festgelegt. Die Kennzahl BE vor Bewertung/dBS misst die Ertragskraft der Bank in Relation zum Geschäftswachstum, gemessen als durchschnittliche Bilanzsumme.

Die Liquidität steuern wir unter anderem mit der LCR, die die kurzfristigen Zahlungsmittel den kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen gegenüberstellt und im Ergebnis die kurzfristige Zahlungsfähigkeit unserer Bank darstellt.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden im Kontext steigender Kapitalanforderungen angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die aufsichtsrechtlich festgelegte Gesamtkapitalquote nach Art. 92 Abs. 2 CRR (Solvabilitätskennzahl).

Die Darstellung, Analyse und Beurteilung der einzelnen finanziellen Leistungsindikatoren erfolgt in den nächsten Abschnitten.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2022 stellt sich wie folgt dar:

Die maßgeblichen Ergebniseinflussgrößen des bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikators BE vor Bewertung / dBS sind der Zins- und der Provisionsüberschuss sowie die Verwaltungsaufwendungen. Die Steuerung dieser Einflussgrößen basiert auf unserer Planung. Regelmäßig wird die mehrjährige Planung zum Ende des Geschäftsjahres für den nächsten 5-Jahreszeitraum überprüft und gegebenenfalls neueren Erkenntnissen und Erwartungen entsprechend angepasst. Unterjährige Planungsanpassungen werden nur durchgeführt, wenn außergewöhnliche Ereignisse sowie erkennbare Abweichungen von einigem Gewicht dies erfordern.

Gegenüber der Planung erreichten wir beim Zinsergebnis einen um 1.930 TEUR höheren Überschuss. Beim Provisionsergebnis konnte im Vergleich zum Plan eine Steigerung von 259 TEUR verzeichnet werden. Bei den Personalaufwendungen sind geringere Aufwendungen von 109 TEUR zu verzeichnen, bei den anderen Verwaltungsaufwendungen solche von 198 TEUR. Die Abschreibungen sind um 90 TEUR geringer ausgefallen.

Per Saldo haben wir mit 9.180 TEUR eine Verbesserung des Betriebsergebnisses vor Bewertung gegenüber der Planung von 2.576 TEUR erreicht, gegenüber dem Vorjahr einer Abweichung von +2.075 TEUR.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kundenkreditgeschäft lag leicht unter dem Planwert (-80 TEUR). Für das Kundenkreditgeschäft wurde durchgängig von einem Bewertungsaufwand in Höhe von 1.595 TEUR ausgegangen. Unterjährige Anzeichen für eine Verschärfung der Risikolage waren nicht erkennbar. Das originäre Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft beläuft sich ohne die Zuführungen zu den Pauschalwertberichtigungen nach IDW RS BFA 7 auf 335 TEUR und liegt damit deutlich unter dem Planwert von 1.595 TEUR. Weitere Bewertungsaufwendungen in Höhe von 1.180 TEUR wurden für die im Jahr 2022 erstmals zu bildenden Pauschalwertberichtigungen nach IDW RS BFA 7 aufgewandt. Zur Abdeckung dieses Aufwands wurde ein Teilbetrag der Vorsorgereserve gemäß § 340f HGB aufgelöst, der in den vergangenen Jahren für die in 2022 anstehende Dotierung der Pauschalwertberichtigungen gebildet worden war. Die Bewertungsrisiken bei den Wertpapieranlagen sind maßgeblich durch den Anstieg des Zinsniveaus infolge geldpolitischer Maßnahmen mehrerer Zentralbanken als Maßnahme zur Eindämmung der inflationären Entwicklung begründet, die ihren Ursprung im Russland-Ukraine-Konflikt haben. Am Jahresende lag das Bewertungsergebnis der Wertpapieranlagen bei -12.392 TEUR und somit 11.881 TEUR über dem Planwert. Zur Kompensation des handelsrechtlichen Verlustes, zu dem das negative Bewertungsergebnis geführt hat, wurden Teile der Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB verwendet.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit liegt durch die höhere Belastung aus den Bewertungsergebnissen um 3.623 TEUR unter dem Planwert. Zusammenfassend stellt sich die Ertragslage für das abgelaufene Geschäftsjahr als unzureichend dar. Dazu bedarf es jedoch einer differenzierten Betrachtung. Die betriebswirtschaftliche Ertragslage, beurteilt anhand des Betriebsergebnisses vor Bewertung, war zufriedenstellend. Sie war durch gegenüber der Planung höhere Zins- und Provisionsüberschüsse sowie geringere Verwaltungsaufwendungen gekennzeichnet, so dass ein deutlich über der Planung liegendes Betriebsergebnis vor Bewertung erwirtschaftet wurde. In der weiteren handelsrechtlichen Ergebnisrechnung haben dann die saldiert erheblichen Bewertungsaufwendungen auf die Wertpapieranlagen belastend gewirkt und in Summe zu einem handelsrechtlichen Verlust vor Verwendung von Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB geführt. Die Bewertungsaufwendungen Wertpapieranlagen sind fast ausschließlich zinsinduziert und maßgeblich auf das geopolitische Umfeld zurückzuführen, das durch den von Russland begonnenen Angriffskrieg gegen die Ukraine mit der daraufhin von der EU und weiteren Staaten verfolgten Sanktionspolitik gegen Russland vorherrscht sowie durch den Anstieg des Zinsniveaus aufgrund der geldpolitischen Maßnahmen mehrerer Zentralbanken als Maßnahme zur Eindämmung der inflationären Entwicklung begründet ist.

Die Liquiditätslage der Bank war jederzeit gegeben. Die LCR wies im Berichtszeitraum täglich einen Wert von mindestens 100,0 % aus und liegt zum Stichtag 30.12.2022 bei 174,7 %.

Unter Einbeziehung der Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB in den Eigenkapitalbetrag unserer Bank hat sich dieser im Geschäftsjahr 2022 um 4.683 TEUR auf 113.390 TEUR vermindert, ist aber weiterhin als dem wirtschaftlichen Bedarf der Bank entsprechend und als angemessen zu beurteilen. Ursächlich für diese Entwicklung ist der Jahresfehlbetrag nach Bewertung im Geschäftsjahr in Höhe von 4.727,5 TEUR, der durch die teilweise Verwendung von Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB gedeckt wurde. Begründet ist der Fehlbetrag durch das erhebliche negative Bewertungsergebnis bei den Wertpapieranlagen.

Die aufsichtsrechtliche Gesamtkapitalquote unserer Bank beläuft sich zum 31.12.2022 auf 17,8 % (Vorjahr 19,0 %). Bei einer zum Jahresultimo 2022 einzuhaltenden Untergrenze der Gesamtkapitalquote von 11,52 % bzw. einer gesamt regulatorischen Kapitalanforderung gemäß der aufsichtlichen Eigenmittelempfehlung zur Abdeckung von Risiken in Stresssituationen von 12,22 % besteht ausreichender Spielraum für aktives Kundengeschäft.

Die Entwicklung aller bedeutsamsten Leistungsindikatoren liegt im Rahmen unserer Erwartungen.

	Berichtsjahr	2021	Veränderung zu 2021	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	1.057.673	998.435	59.238	5,9
Außerbilanzielle Geschäfte *)	73.982	68.521	5.461	8,0

*) Hierunter fallen die Posten unter dem Bilanzstrich 1 (Eventualverbindlichkeiten), 2 (Andere Verpflichtungen) und Derivatgeschäfte.

Ursächlich für den Anstieg der Bilanzsumme war vornehmlich die Steigerung der Kundenverbindlichkeiten (+59.064 TEUR).

Die außerbilanziellen Geschäfte liegen über dem Vorjahresniveau. Hauptursachen hierfür waren Abschlüsse von Derivategeschäften (Zinsswaps) mit einem Nominalvolumen von 20.000 TEUR und der Rückgang von Kreditzusagen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	2021	Veränderung zu 2021	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Kundenforderungen	529.892	435.636	94.256	21,6
Wertpapieranlagen	338.816	331.837	6.978	2,1
Forderungen an Kreditinstitute	153.971	193.446	-39.475	-20,4

Im Geschäftsjahr konnte das Kundenkreditgeschäft um 94.256 TEUR auf 529.892 TEUR, insbesondere im Bereich der privaten und gewerblichen Immobilienfinanzierung, ausgebaut werden.

Damit konnten nicht nur die Zuwächse der Kundeneinlagen im regionalen Kreditgeschäft platziert werden. Auch Mittel aus fälligen Wertpapieranlagen wurden im Kundenkreditgeschäft investiert und sorgen somit für eine Reduzierung der Abhängigkeit von den globalen Finanzmärkten.

Zum Jahresende befanden sich zwei Großkredite in unserem Bestand. Die Streuung der Kredite nach Größenklassen und Branchen ist weiterhin ausgewogen.

Im Jahr 2022 erhöhte sich der Anteil der Engagements mit erhöhten latenten und akuten Risiken leicht von 2,4 % auf 3,0 %. Die Forderungen an unsere Kunden wurden zum Jahresende 2022 nach den einschlägigen Vorschriften des HGB mit entsprechender kaufmännischer Vorsicht bewertet. Die erkennbaren akuten Ausfallrisiken sind durch Einzelwertberichtigungen in Höhe des Blankoanteils abgesichert worden.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	2021	Veränderung zu 2021	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	59.446	60.883	-1.437	-2,4
Spareinlagen	216.604	213.170	3.435	1,6
andere Einlagen	663.498	607.869	55.629	9,2

Die Kundeneinlagen sind gegenüber dem Vorjahr um 59.064 TEUR angestiegen und werden vornehmlich in Spareinlagen und täglich fälligen Einlagen gehalten.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	2021	Veränderung zu 2021	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	149	124	24	19,7
Vermittlungserträge	1.889	1.796	93	5,2
Erträge aus Zahlungsverkehr	3.903	3.727	176	4,7

Die Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft stiegen insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 293 TEUR an.

Die Vermittlungserträge aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft sowie die weiteren Vermittlungserträge konnten gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden (+117 TEUR).

Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr erhöhten sich im Geschäftsjahr um 176 TEUR ggü. dem Vorjahr. Diese Entwicklung ist hauptsächlich zurückzuführen auf die intensivere Nutzung der Girokonten sowie auf gestiegene Transaktionen an Geldautomaten, die im Vorjahr pandemiebedingt zurückgegangen war.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

a) Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Genossenschaft haben sich im Vorjahresvergleich wie folgt entwickelt:

Erfolgskomponenten	Berichtsjahr	2021	Veränderung zu 2021	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	16.101	13.876	2.225	16,0
Provisionsüberschuss ²⁾	5.376	4.907	469	9,6
Verwaltungsaufwendungen	12.040	11.394	646	5,7
a) Personalaufwendungen	6.941	6.639	302	4,5
b) andere Verwaltungs- aufwendungen	5.099	4.755	344	7,2
Betriebsergebnis vor Bewertung ³⁾	9.221	7.000	2.221	31,7
Bewertungsergebnis ⁴⁾	-8.347	-1.858	-6.490	349,3
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	874	5.143	-4.269	-83,0
Steueraufwand	165	1.864	-1.699	-91,2
Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken	0	2.580	-2.580	-100,0
Jahresüberschuss	709	699	11	1,5

¹⁾ GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

²⁾ GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

³⁾ Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 12

⁴⁾ Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

Der Zinsüberschuss stieg gegenüber dem Vorjahr um 2.225 TEUR. Hauptursachen waren die Neugeschäfte aus dem Kundenkreditgeschäft und die seit Anfang der Jahres durch die EZB begonnene Änderung der Zinspolitik (Zinsanstieg um +250 Basispunkte).

Die Erhöhung der Zinserträge ist maßgeblich begründet durch höhere Zinserträge aus den Forderungen an Kunden, deren Anteil am verzinslichen Aktivvolumen bei einer höheren durchschnittlichen Verzinsung gegenüber den übrigen Aktivwerten im Berichtsjahr deutlich zugelegt hat. Bei den übrigen Aktivpositionen war bei rückläufigen Anteilen am Volumen ein Anstieg der durchschnittlichen Verzinsung zu verzeichnen, so dass auch von diesen absolut höhere Zinserträge erwirtschaftet wurden.

Der Provisionsüberschuss wuchs im Ergebnis um 469 TEUR an. Der Provisionsertrag stieg gegenüber dem Vorjahr an (+361 TEUR). Hauptergebnistreiber war der Zahlungsverkehr. Der Provisionsaufwand sank um 108 TEUR. Ursache hierfür war der Rückgang der Zusammenarbeit mit Kreditvermittlern.

Die höheren Personalaufwendungen sind überwiegend durch Einmaleffekte begründet. Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 344 TEUR an. Für den Anstieg sind u.a. zusätzliche Portokosten aufgrund der Versendung der Zustimmung zu den neuen AGB unserer Kunden und Preisanpassungen bei den Datenverarbeitungskosten unserer Rechenzentrale.

Das Bewertungsergebnis liegt mit -8.347 TEUR über dem Vorjahreswert (2021 -1.828 TEUR). Diese Veränderung resultiert hauptsächlich aus der Bewertung unserer Eigenanlagen durch zinsinduzierte Kursverschlechterungen.

b) Finanzlage

Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur ist maßgeblich durch die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gekennzeichnet, die einen Anteil von 83,2 % der Passiva aufweisen.

Investitionen

Wesentliche Investitionen erfolgten im Geschäftsjahr nicht.

Folgende wesentlichen Investitionsvorhaben in Sachanlagen wurden im Geschäftsjahr eingeleitet:

- Modernisierung und Erweiterung der Hauptgeschäftsstelle Stralsund

Liquidität

Die Geschäfts- und Refinanzierungsstruktur der Bank ist maßgeblich geprägt durch das Kundengeschäft als Basis der Liquiditätsausstattung.

Die Zahlungsfähigkeit unseres Instituts war im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Art, Höhe und Fristigkeit gegeben. Die monatlichen Meldungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) und der Net Stable Funding Ratio (NSFR) wiesen im Berichtszeitraum einen Wert von mindestens 100,0 % aus. Weitere Überprüfungen der untermonatlichen Berechnung der LCR und der NSFR ergaben ebenfalls keine Unterschreitung der Mindestquote von 100,0 % im Berichtszeitraum.

Bei Liquiditätsschwankungen kann die Bank auf ausreichende Liquiditätsreserven in Form von eigenen Bankguthaben und hochliquiden Aktiva zurückgreifen. Durch die Einbindung in die Genossenschaftliche FinanzGruppe bestehen weitere Refinanzierungsmöglichkeiten.

Liquiditätsbelastungen aus außerbilanziellen Verpflichtungen haben sich nicht ergeben.

c) Vermögenslage

Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung und Kapitalquoten stellen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr	2021	Veränderung zu 2021	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Eigenkapital laut Bilanz ¹⁾	111.750	110.873	877	0,8
Eigenmittel (Art. 72 CRR)	110.923	107.395	3.528	3,3
Harte Kernkapitalquote	17,8 %	19,0 %		
Kernkapitalquote	17,8 %	19,0 %		
Gesamtkapitalquote	17,8 %	19,0 %		

¹⁾ Hierzu rechnen die Passivposten 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital).

Unter Einbeziehung der Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB in den Eigenkapitalbetrag unserer Bank hat sich dieser im Geschäftsjahr 2022 um 4.683 TEUR auf 113.390 TEUR vermindert. Ursächlich für diese Entwicklung ist der Jahresfehlbetrag nach Bewertung im Geschäftsjahr, der durch die teilweise Verwendung von Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB gedeckt wurde. Begründet ist der Fehlbetrag durch das erhebliche negative Bewertungsergebnis bei den Wertpapieranlagen. Die Vermögenslage ist aber weiterhin als dem wirtschaftlichen Bedarf der Bank entsprechend und als angemessen zu beurteilen.

Die relevanten Vorgaben des KWG sowie der CRR wurden eingehalten.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG beläuft sich auf 0,07 %.

Das Eigenkapital laut Bilanz von 111.750 TEUR hat einen Anteil von 10,6 % (Vorjahr 11,1 %) der Bilanzsumme. Die Eigenkapitalstruktur der Bank ist geprägt von Geschäftsguthaben der Mitglieder, erwirtschafteten Rücklagen und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken.

Die Wertpapieranlagen der Genossenschaft entwickelten sich wie folgt:

Wertpapieranlagen	Berichtsjahr	2021	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	245.483	196.443	49.040	25,0
Liquiditätsreserve	93.333	135.394	-42.061	-31,1

Von den Wertpapieranlagen entfällt ein Anteil von 93,5 % auf Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) bzw. von 6,5 % auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6).

Im Bestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind zu 89,2 % festverzinsliche und zu 10,8 % variabel verzinsliche Wertpapiere (jeweils ohne Berücksichtigung der Zinsabgrenzung) enthalten. Alle Wertpapiere lauten auf Euro und wurden überwiegend von inländischen sowie Emittenten innerhalb der Europäischen Union aufgelegt. Der Anteil der Wertpapiere im Investmentgrade beträgt 98,3 %.

Der Aktivposten 6 beinhaltet hauptsächlich Anteile an Investmentfonds und Immobilienfonds in Höhe von 21.988 TEUR.

Vom Bestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens mit einem Buchwert von 239.783 TEUR sind 238.718 TEUR nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Nach dem strengen Niederstwertprinzip wurde nur die Anleihe von der Emittentin Gaz Capital S.A. bewertet, die dem russischen Einflussbereich unterliegt und damit von der Sanktionspolitik der Europäischen Union sowie weiterer Staaten beeinflusst ist. Der Buchwert dieser Anleihe in Höhe von 1.065,0 TEUR (Nominalwert 1.500,0 TEUR) wurde nach einem pauschalen Bewertungsverfahren ermittelt. Die wie Anlagevermögen bewerteten Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren weisen sämtlichst Buchwerte unter pari auf.

Durch die Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden bei den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens Abschreibungen in Höhe von 28.061 TEUR vermieden. Davon entfällt auf im Berichtsjahr vom Umlaufvermögen ins Anlagevermögen umgewidmete Wertpapiere mit Buchwerten von 18.641 TEUR ein Betrag von 2.750 TEUR. Der übrige nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertete Wertpapierbestand mit Buchwerten von 220.077 TEUR wurde im Zeitpunkt der Anschaffung dem Anlagevermögen zugeordnet, da die Bank ihre Anlagestrategie auf eine langfristige Halteabsicht ausgerichtet hat.

5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die wirtschaftliche Erholung nach der Covid-19-Pandemie setzte sich am Anfang des Geschäftsjahres 2022 fort. Durch den Ausbruch des Ukraine-Krieges Ende Februar 2022 und die durch die EU und anderen Staaten gestarteten Sanktionen kam es im Verlaufe der kommenden Monate zur Energiekrise. Um die damit beginnende Inflation in den Griff zu bekommen, erhöhte die EZB sukzessive die Zinsen bis zum Jahresende 2022 um 250 Basispunkte. Die Anhebung um weitere 50 Basispunkte auf 300 Basispunkte gegenüber dem Jahresanfang 2022 wurde am 02.02.2023 beschlossen.

Die Wirtschaftskraft in unserem Geschäftsgebiet wird wesentlich durch die Branchen Tourismus, Landwirtschaft, Dienstleistungs- und Baugewerbe bestimmt und ist nur gering konjunkturabhängig.

Die Unternehmen des Beherbergungsgewerbes konnten trotz der hohen Inflation im Laufe des Jahres eine wachsende Nachfrage nach Urlaub im eigenen Land verzeichnen. Dies gelang dem Einzelhandel und dem Bewirtungsgewerbe nicht in vollem Umfang. Handwerk und Landwirtschaft verzeichneten durch die hohen Energie- und Rohstoffpreise vereinzelt Einbußen. Auch im Baugewerbe zeigten sich ähnliche Entwicklungen.

Insgesamt beurteilen wir die Geschäftsentwicklung und die wirtschaftliche Lage unseres Hauses im Vergleich zum Vorjahr als gut, weil trotz der Einschränkungen im Zusammenhang mit der Energiekrise und der damit verbundenen hohen Inflation die Planung nahezu erfüllt werden konnte.

Das Wachstum des für die Bank wichtigsten Geschäftsbereichs, dem Kreditgeschäft mit Kunden aus der Region, setzte sich fort.

Sowohl beim Kreditgeschäft als auch im Einlagengeschäft wurden die Erwartungen aus der Eckwertplanung erfüllt und teilweise übertroffen.

Die Vermögenslage der Bank zeichnet sich unverändert durch eine angemessene Eigenkapitalausstattung aus, da die aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowohl im Vorjahr als auch im Geschäftsjahr übererfüllt wurden.

Für erkennbare Risiken in den Kundenforderungen sind Wertberichtigungen gebildet.

Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen worden.

Finanzlage und Liquiditätsausstattung entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen.

Die betriebswirtschaftliche Ertragslage, beurteilt anhand des Betriebsergebnisses vor Bewertung, war zufriedenstellend. Die in der weiteren handelsrechtlichen Ergebnisrechnung saldiert erheblichen Bewertungsaufwendungen auf die Wertpapieranlagen haben stark belastend gewirkt und in Summe zu einem handelsrechtlichen Verlust geführt. Durch die teilweise Verwendung von Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB konnte der Verlust kompensiert werden. Die Bewertungsaufwendungen Wertpapieranlagen sind fast ausschließlich zinsinduziert.

C. Risiko- und Chancenbericht

Risikomanagementsystem und -prozess

In unserer Unternehmenskonzeption haben wir uns auf die Bedarfssituation unserer Mitglieder ausgerichtet und daraus eine langfristige Unternehmensplanung entwickelt, die eine dauerhafte Begleitung unserer Mitglieder in allen Finanzierungs- und Vermögensanlagenfragen sicherstellt.

Der Begrenzung der Risiken aus unserer Geschäftstätigkeit messen wir besondere Bedeutung bei. Durch Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen und die Tätigkeit unserer Internen Revision ist es unser Ziel, die Zuverlässigkeit der Steuerungsinformationen aus der ordnungsgemäßen Geschäftsabwicklung sicherzustellen.

Unsere im Organisationshandbuch dokumentierte Geschäfts- und Risikostrategie basiert auf einem Strategieprozess und ist ausgerichtet auf das Kundengeschäft mit Mitgliedern und Kunden aus unserer Region. Wesentliche Bestandteile der Geschäftsstrategie sind die Teilstrategien für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten Vertrieb und Handelsgeschäfte.

Konsistent zu unserer Geschäfts- und Risikostrategie wurde eine Unternehmensplanung entwickelt, die eine langfristige und umfassende Begleitung unserer Mitglieder und Kunden im Hinblick auf Finanzierungswünsche, Vermögensanlagen und Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sicherstellt.

Mit Hilfe einer strategischen Eckwert- und Kapitalplanung für einen Zeitraum von 5 Jahren steuern wir die Entwicklung unseres Instituts. Die Annahmen für die Markt- und Volumenentwicklungen erfolgen hierbei durch Experten auf Basis von Marktprognosen und historischen Entwicklungen. Die abgeleiteten Ertrags- und Vermögenswirkungen werden anhand von Simulationsrechnungen mit Unterstützung der Steuerungssoftware VR-Control ermittelt.

Die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die Teilstrategien werden im Rahmen des von uns festgelegten Strategieprozesses regelmäßig überprüft. Das von der Bank verwendete Strategiemodell zeigt den organisatorischen Rahmen für die Strategie(über)prüfung und für die Vernetzung der strategischen und operativen Gesamtbanksteuerung auf.

Ziel unserer Risikostrategie ist nicht die Vermeidung von Risiken, sondern das bewusste Eingehen von Risiken und die Wahrung eines angemessenen Chancen-Risiko-Profiles unserer Risikopräferenz.

Wir haben ein System zur Früherkennung von Risiken implementiert. Vor dem Hintergrund wachsender Komplexität der Märkte im Bankgeschäft sehen wir dies als eine zentrale Aufgabe an. Die zuständigen Organisationseinheiten berichten unmittelbar an den Vorstand. In diesem Rahmen ist ein Risikocontrolling- und Managementsystem mit entsprechenden Instrumenten eingerichtet, um bei Bedarf gegensteuernde Maßnahmen einleiten zu können.

Unsere Entscheidungsträger werden durch das interne Berichtssystem über die Geschäfts- und Risikoentwicklung frühzeitig informiert, um Maßnahmen zur Gegensteuerung ergreifen zu können.

Ziel des Risikomanagements unserer Bank ist es, Risiken, die den Erfolg wesentlich beeinflussen oder gar den Fortbestand gefährden können, frühzeitig zu erkennen sowie umfassend zu messen, zu überwachen und zu steuern. Integraler Bestandteil ist dabei die fortlaufende Sicherstellung der Risikotragfähigkeit.

Zur Bestimmung der Risikotragfähigkeit werden die beiden Perspektiven normative und ökonomische Perspektive als komplementäre, sich ergänzende Ansätze gesehen. In der ökonomischen Perspektive werden Risikodeckungspotenzial und Risiken gegenübergestellt.

Unser Risikotragfähigkeitskonzept basiert auf einer barwertnahen Ableitung des Risikodeckungspotenzials.

Die Risikomessung erfolgt mithilfe geeigneter Modelle.

Die Offenlegung der Risikomanagementziele und -politik entsprechen den Anforderungen des Artikels 435 CRR und werden mit den Strategien dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

Die eingerichteten Systeme und Verfahren des Risikomanagements sind dem Profil und der Geschäfts- und Risikostrategie der Bank sowie ihrer Größe angemessen und entsprechen den Anforderungen der MaRisk.

Risiken

Neben allgemeinen Risikofaktoren (z.B. Konjunkturschwankungen, neue Technologien und Wettbewerbssituationen, sonstige sich verändernde Rahmenbedingungen) bestehen spezifische Bankgeschäftsrisiken.

Die Kontrolle und das Management der Risiken sind für uns zentrale Aufgaben und an dem Grundsatz ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu begrenzen und zu überwachen.

Wir haben im Rahmen einer ganzheitlichen Risikoinventur die auf sie wirkenden Risiken analysiert und die wesentlichen Risiken sowie die damit ggf. verbundenen Risiko-, Ertrags- und Liquiditätskonzentrationen identifiziert. Folgende wesentliche Risiken liegen vor:

- Adressenausfallrisiken
- Marktpreisrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Operationelle Risiken

Zur Steuerung und Bewertung der Risiken nutzen wir EDV-gestützte Systeme. Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen sind Limite für unterschiedliche Risikoarten definiert, an denen wir u.a. unsere geschäftspolitischen Maßnahmen ausrichten.

Für unsere Risikobeurteilung zum Abschlussstichtag legen wir konsistent zum Prognosezeitraum einen Zeitraum von einem Jahr zu Grunde, in dem auch das Vorliegen von bestandsgefährdenden Risiken beurteilt wird.

Bestandsgefährdende Risiken (wesentliche Risiken mit hohen Auswirkungen) liegen für den hier zugrunde gelegten Beurteilungszeitraum von einem Jahr nicht vor.

Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko stellt das Risiko des teilweisen oder vollständigen Ausfalls von Forderungen oder anderen schuldrechtlichen Instrumenten dar. Es beinhaltet das Kreditrisiko, das Emittentenrisiko und das Kontrahentenrisiko (jeweils einschließlich des Länderrisikos).

Das Kreditrisiko reflektiert die Gefahr, dass Verluste oder entgangene Gewinne aufgrund des Ausfalls von Geschäftspartnern, der Migration und der adressenbezogenen Spreadveränderung das erwartete Maß übersteigen. Dabei wird auf die potenzielle Erfolgswirkung abgestellt.

Für das Kreditgeschäft haben wir unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit sowie der Einschätzung der mit dem Kreditgeschäft verbundenen Risiken eine Strategie zur Ausrichtung festgelegt (z.B. Einzel- und Strukturlimite).

Zur Steuerung des Adressenausfallrisikos setzen wir im Kundengeschäft Ratingsysteme zur Beurteilung der Bonität einzelner Engagements ein (im wesentlichen VR-Rating). Mit Hilfe der Steuerungssoftware VR-Control können wir ungünstige Entwicklungen im Kreditportfolio rechtzeitig identifizieren und frühzeitige Maßnahmen einleiten.

Die Ermittlung struktureller Kreditrisiken (Adressenausfallrisiken) basiert auf Einstufungen aller Kreditnehmer in Bonitäten bzw. Ratingnoten nach bankinternen Beurteilungskriterien. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumen und Blankoanteilen ausgewertet und in die Gesamtbanksteuerung einbezogen.

Die Einstufungen werden regelmäßig überprüft. Unsere EDV-Statistiken geben außerdem Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Branchen und Größenklassen. Den Adressenausfallrisiken in unseren Wertpapieranlagen begegnen wir grundsätzlich dadurch, dass wir keine Papiere mit einem Rating schlechter BBB- erwerben und den Emittenten vor Wertpapierkäufen hinsichtlich seines Ausfallrisikos prüfen. Im Bereich der Eigenanlagen wird laufend die Kursentwicklung wie auch die Entwicklung der Bonitäten überwacht.

Die Bank ermittelt monatlich mit Hilfe des Moduls Kreditportfoliomodell für Kundengeschäfte (KPM-KG) unter VR-Control einen erwarteten und einen unerwarteten Verlust (Credit-Value-at-Risk) aus dem Kundenkreditgeschäft für Normal- und Stressszenarien. Die Berechnung erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren, dem sowohl die aggregierten Blankoanteile in den Risikoklassen bzw. -gruppen des Forderungsbestandes als auch Ausfallwahrscheinlichkeiten und Branchenparameter zugrunde liegen.

Das Adressenausfallrisiko bei Eigenanlagen wird im Rahmen der Risikotragfähigkeitskonzeption der Bank monatlich mit Hilfe des Kreditportfoliomodells für Eigengeschäfte (KPM-EG) für Normal- und Stressszenarien ermittelt. Grundlage der Berechnungen sind verschiedene Marktpartnersegmente, die differenzierte Spread- und Ratingmigrationen, Spreadverteilungen sowie Migrationsmatrizen aufweisen.

Der erwartete Verlust wird jeweils als Abzugsposten beim Risikodeckungspotential berücksichtigt. Der unerwartete Verlust aus dem Kundengeschäft und den Eigenanlagen wird als Risiko in der Auslastung des Gesamtbankrisikolimits beim Limit für die Adressenausfallrisiken angesetzt.

Neben dem RTF-Konzept nutzen wir strukturrisikobegrenzende Limite (z. Bsp. Branchen, Größen und Blankoanteile) für das Kunden- und Eigengeschäft. Zusätzlich wurden Emittentenlimite festgelegt.

Die ermittelten Risiken aus Fonds werden auf das jeweilige Teilrisikolimit (Marktpreisrisiken/Adressenrisiken) angerechnet. Die Fondsgesellschaft (Union Investment) stellt uns Risikokennzahlen bis zum Jahresende des laufenden Geschäftsjahres sowie für 250 Handelstage (1 Jahr) zur Verfügung. Die Risikoermittlung erfolgt durch Anwendung dieser zur Verfügung gestellten Risikokennzahlen auf den Fondsmarktwert.

Bei den Eigenanlagen nutzen wir für Wertpapiere die Ratinginformationen der DZ BANK AG auf Basis externer Ratingagenturen. Auch hier werden die Risikoentwicklungen im Rahmen von VR-Control über ein Portfoliomodell überwacht. Turbulenzen an den Finanzmärkten begegnen wir durch eine breite Streuung der Eigenanlagen, Diversifikation in viele Anlageklassen und Beschränkung auf gute Bonitäten.

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko umfasst das Risiko aus nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder Marktparametern (Zinsstrukturkurve, Aktienkurse, Devisenkurse), in deren Folge sich Abweichungen vom geplanten Ergebnis ergeben.

Das Risikomanagementsystem in Bezug auf Marktpreisrisiken einschließlich der Zinsänderungsrisiken des Anlagebuches ist nach § 25a Abs. 1 S. 3 KWG und unter Berücksichtigung der Komplexität und des Risikogehalts der betriebenen Geschäfte angemessen und wirksam.

Zur Quantifizierung der Risiken bewerten wir unsere Wertpapierbestände monatlich unter Zugrundelegung tagaktueller Zinssätze und Kurse. Wir haben sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotenzial dieser Geschäfte haben wir durch ein bankindividuelles Limitsystem begrenzt. Bei der Feststellung der Limite haben wir uns an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiert.

Die Steuerung erfolgt barwertnah.

Für die Beurteilung des strategischen Zinsbuches wird das Barwertkonzept eingesetzt. Für die wesentlichen variablen Positionen hat die Bank Ablauffiktionen auf der Grundlage gleitender Durchschnitte ermittelt. Die Risiken werden nach der Veränderung des Barwertes des Zinsbuches mit dem Value-at-Risk-Ansatz gemessen. Der Value-at-Risk für das strategische Zinsbuch basiert auf der historischen Simulation mit einem Beobachtungszeitraum von 2.500 Tagen. Das Konfidenzniveau ist mit 99,9 % bei einer Halte-dauer von 250 Tagen festgelegt.

Der Zinskoeffizient gemäß § 25a Abs. 2 S. 1 KWG für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch wird auf Grundlage barwertiger Veränderungen mit Unterstützung von VR-Control ermittelt. Dabei werden alle zinsbezogenen Positionen des Anlagebuches einbezogen. Für Positionen mit unbestimmter Kapital- oder Zinsbindung sind geeignete Annahmen getroffen. Das von der Bank genutzte Verfahren zur Ermittlung des Zinskoeffizienten ist angemessen.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken können grundsätzlich in der Form des Zahlungsunfähigkeitsrisikos, des Refinanzierungsrisikos und des Marktliquiditätsrisikos auftreten.

Zahlungsunfähigkeitsrisiken treten ein, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können. Refinanzierungsrisiken entstehen, wenn die Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann oder die Refinanzierungsmittel nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen. Marktliquiditätsrisiken treten ein, wenn Anlagen nicht zum gewünschten Zeitpunkt oder in der geplanten Höhe liquidiert werden können.

Das Liquiditätsrisiko wird durch die Liquidity Coverage Ratio (LCR) begrenzt und gesteuert. Daneben ist die Finanzplanung unseres Hauses darauf ausgerichtet, allen gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen pünktlich nachkommen zu können. Insoweit achten wir auf gleichmäßige Laufzeitstrukturen der Aktiva und Passiva.

Die Bank hat ihre Risikotoleranz über die Festlegung einer Ziel-LCR-Quote und über ein Mindestvolumen kurzfristig verfügbarer Liquidität definiert. Für die Net Stable Funding Ratio (kurz: NSFR) wurde ebenfalls eine Ziel-Quote festgelegt.

Die Liquiditätsrisiken werden von der Bank außerdem gesteuert, indem sie die Liquidität anhand von Cashflow-Ermittlungen überwacht. Das Modul LIQUI in VR-Control wurde implementiert und parametrisiert. Daneben nutzen wir im Rahmen der AMM die gemeldeten verhaltensbasierten Daten zur Darstellung und Beurteilung der Liquiditätssituation.

Liquiditätsablaufbilanzen dienen als Frühwarnindikator für eine mögliche Zahlungsunfähigkeit und stellen dabei insbesondere den Überlebenshorizont dar. Stresstests führen wir anhand institutseigener, marktweiter und kombinierter Szenarien für Liquiditätsrisiken durch. Durch die Anrechnung auf die Liquiditätspuffer wird auf dieser Grundlage der Überlebenshorizont ermittelt. Dabei werden auch adverse Entwicklungen außerhalb unseres Erwartungshorizontes reflektiert.

Zur Begrenzung von Abruftrisiken im Rahmen der Liquiditätsrisikosteuerung sind Strukturlimite insbesondere für Großeinleger, institutionelle Einleger sowie offene Kreditzusagen eingerichtet.

Die Anrechnung der Liquiditätsrisiken erfolgt im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes der Bank durch ein Limit für Liquiditätsrisiken.

Ein Notfallplan für Liquiditätsengpässe ist eingerichtet.

Durch die Einbindung in die Genossenschaftliche FinanzGruppe bestehen ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten, um unerwartete Zahlungsstromschwankungen auffangen zu können.

Die Bank erachtet das Liquiditätsrisiko insgesamt als wesentlich im Sinne des Aufsichtsrechts.

Operationelle Risiken

Neben den Adressenausfall- und Marktpreisrisiken hat sich unsere Bank auch auf operationelle Risiken (z. B. Betriebsrisiken im EDV-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einzustellen.

Operationelle Risiken betreffen die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unzulänglichkeit oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen oder Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten.

Die Bank hat eine einheitliche Festlegung und Abgrenzung der operationellen Risiken zu den anderen betrachteten Risikokategorien vorgenommen und diese in den Organisationsrichtlinien fixiert und kommuniziert.

Unser innerbetriebliches Überwachungssystem trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Den Betriebs- und Rechtsrisiken begegnen wir auch durch die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern (z. B. im EDV-Bereich oder im Bereich der Rechtsberatung). Versicherbare Gefahrenpotentiale, z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken, haben wir durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert. Zur Überwachung führen wir eine Schadensfalldatenbank.

Die operationellen Risiken im Bereich der Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken gehen i. d. R. in diesen Risikoarten auf und werden dort gesteuert. Die Anrechnung der verbleibenden operationellen Risiken erfolgt durch plausible Risikobeträge, die auf bankeigenen Schätzungen beruhen und im Teillimit für operationelle Risiken berücksichtigt werden.

Alle erkannten operationelle Risiken werden jährlich identifiziert und analysiert. Hierzu wird auf eine Schadensfalldatenbank zurückgegriffen, in die eingetretene Schäden eingestellt werden.

Das IT-Risiko stellt ein spezielles operationelles Risiko dar. Hier betrachten wir insbesondere die Teilbereiche "Zentrales Rechenzentrum" und "IT-Risiken Bank". Über die IT-Risiken, die das Rechenzentrum betreffen, erhalten wir regelmäßige Berichte vom IT-Dienstleister einschließlich Darstellung der eingeleiteten Maßnahmen bei Problemen.

Für alle wesentlichen Schadensereignisse in Bezug auf bankinterne IT-Risiken besteht ein umfassender Versicherungsschutz. Betriebliche Notfallplanungen wurden insbesondere auf die Anforderungen aus dem IT-Bereich abgestimmt.

Rechtlichen Risiken begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare und die Inanspruchnahme juristischer Beratung im Fall von Rechtsstreitigkeiten.

Anhand der Risikoinventur stufen wir operationelle Risiken als aufsichtsrechtlich wesentlich ein.

Sonstige Risiken

Unter dieser Kategorie analysieren wir alle nicht bankspezifischen Risiken. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir dabei Beteiligungsrisiken, dem Reputationsrisiko und Vertriebsrisiko sowie Immobilien. Die Wesentlichkeit dieser Risiken überprüfen wir regelmäßig und anlassbezogen. Aktuell stufen wir alle sonstigen Risiken als unwesentlich ein.

Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zur Aussteuerung von Zinsänderungsrisiken nutzt die Bank u. a. Zinsswaps, deren Implementierung im Mai und Juni 2022 mit einem entsprechenden Neuprodukteprozess sowie Testgeschäften durchgeführt wurde. Nach erfolgreicher Testphase wurde das Produkt zur Aktiv-Passiv-Zinsbuchsteuerung freigegeben.

Im Geschäftsjahr 2022 wurden nach zwei Testgeschäften und nach Freigabe des Produkts sechs Festzinsswaps über insgesamt 20 Mio. EUR erworben. Mit dem Abschluss der Zinsswaps über insgesamt 20 Mio. EUR sollen Zinsänderungsrisiken und -chancen gezielter gesteuert werden. Ziel ist die Glättung unseres Gesamtbank Cashflows (Laufzeit ein bis zehn Jahre).

Die Zinsderivate werden bei der Ermittlung der Zinsänderungsrisiken berücksichtigt. Aufgrund der liquiden Märkte und der Steuerungsinstrumentarien erwarten wir mit diesen Produkten Zinsänderungsrisiken auf ein geringeres Maß reduzieren zu können.

Zur Absicherung der Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus den Derivategeschäften wurden dem Kontrahenten bisher keine Sicherheiten in Form von Wertpapieren und Bargeld angedient bzw. gestellt.

Gesamtbild der Risikolage

Durch eine regelmäßige und ausführliche Berichterstattung werden Risiken rechtzeitig erkannt und können minimiert bzw. kurzfristig beseitigt werden. Die ständige Beobachtung unseres Marktes trägt dazu bei, Chancen kurzfristig umzusetzen.

Auf der Grundlage der angemessenen Verfahren des Risikomanagements zur Ermittlung der Risiken sowie des Risikodeckungspotentials ist die Risikotragfähigkeit unter den von der Bank definierten Risikoszenarien gegeben.

Bestandsgefährdende Risiken sind aufgrund der Zugehörigkeit zur kreditgenossenschaftlichen Sicherungseinrichtung nicht erkennbar.

Nach dem derzeitigen Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit angesichts der laufenden Ertragskraft und Vermögens-/Substanzsituation des Instituts auch im Berichtszeitraum 2023 / 2024 gegeben. Die dargestellten Risiken werden die künftige Entwicklung unserer Bank nicht wesentlich beeinträchtigen.

D. Prognosebericht

Für die Berechnung unseres Zinsüberschusses nutzen wir verschiedene Zinsentwicklungsmodelle (VR-Zinsszenarien). Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2023 einen Zinsüberschuss von 21.025 TEUR. Der gegenüber dem Vorjahr deutlich höhere Überschuss ist im Wesentlichen begründet durch den erwarteten Zuwachs des Bruttokreditvolumens um ca. 23,0 Mio. EUR bzw. ca. 4,0 % verbunden mit einem Anstieg der Durchschnittsverzinsung auf 2,42 % (2022: 2,33 %) und dem Anstieg der durchschnittlichen Verzinsung um 0,71 %-Punkte auf 1,79 % bei den Eigengeschäftsanlagen, für die eine Konstanz beim Volumen unterstellt wird. Die Finanzierung des Kreditvolumens beruht auf einem angenommenen Zuwachs der Kundeneinlagen, für die ein Anstieg der Durchschnittsverzinsung um 0,10 %-Punkte auf eben diesen Durchschnittszinssatz angenommen wird. Zu den Refinanzierungsmitteln von Kreditinstituten, zu denen in allen Fällen Festzinsbindungen vereinbart sind, wurden keine weiteren Aufnahmen geplant.

Angesichts volatiler Kapitalmärkte und schwer kalkulierbarer Inflationsentwicklungen besteht eine Unsicherheit in der Vorhersage der künftigen Zinsannahmen.

Der Provisionsüberschuss 2023 ist mit 6.046 TEUR (davon Provisionsertrag 7.009 TEUR und Provisionsaufwand 963 TEUR) geplant.

Es werden insgesamt 7.250 TEUR für die Personalkosten geplant. Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen wurden mit 5.679 TEUR budgetiert.

Für das Jahr 2023 ist ein Betriebsergebnis vor Bewertung von 13.728 TEUR (1,27 % der durchschnittliche Bilanzsumme) geplant.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kundengeschäft kalkulieren wir in vorsichtiger kaufmännischer Art und Weise mit -1.269 TEUR (expected loss) für 2023.

Wir planen auf der Grundlage der kalkulierten Zinsstruktur ein positives Bewertungsergebnis für Eigenanlagen in Höhe von 1.249 TEUR. Aufgrund der Unsicherheiten an den Geld- und Kapitalmärkten ist das Bewertungsergebnis der Eigenanlagen mit Unwägbarkeiten behaftet, denen wir mit unserem Risikomanagementsystem (wie im vorangestellten Berichtsabschnitt dargestellt) begegnen.

Aus dem geplanten Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit planen wir für das Jahr 2023 eine Zuführung zu den Rücklagen in Höhe von 600 TEUR. Weiterhin ist geplant 1.000 TEUR der Vorsorgereserve gemäß § 340f HGB und 7.882 TEUR dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zuzuführen.

Mit unserer Planung für 2023 werden wir die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllen. Die Risikotragfähigkeit wird ebenfalls gegeben sein.

In Anbetracht der derzeit vorhandenen Liquiditätsreserven und der Einbindung der Bank in den genossenschaftlichen Liquiditätsverbund ist mit Störungen der Zahlungsfähigkeit nicht zu rechnen.

Mit der für 2023 geplanten geschäftlichen Entwicklung, der geplanten Ergebniserwartung und den zu erwartenden aufsichtsrechtlichen Änderungen wird die aufsichtsrechtliche Gesamtkapitalquote von 17,8 % auf 17,4 % leicht sinken.

Die Risikotragfähigkeit ist im Berichtszeitraum 2023 angesichts der Vermögens- / Substanzsituation und der laufenden Ertragskraft der Bank gegeben. Die künftige Entwicklung unserer Bank wird durch die aktuellen Ereignisse (Ukraine-Krieg, Energiekrise und Inflation) nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

Nach unserer Einschätzung gibt es bezogen auf die Kreditrisiken im Kundengeschäft keinen unmittelbaren aber einen mittelbaren Zusammenhang. Ein mittelbarer Zusammenhang besteht bei Kreditnehmern, die gestiegene Rohstoff- und Energiekosten nicht auf ihre Preise umlegen können oder durch die Störung der Lieferketten in ihrer Leistungserbringung beeinträchtigt sind. Um diesen Risiken zu begegnen, werden wir frühzeitig aktiv auf die Kunden zugehen, bei denen aufgrund der aktuellen Bedrohung negative Zukunftsaussichten erwartet werden, um negative Auswirkungen auf das Bewertungsergebnis zu lindern oder zu vermeiden.

Unsere Genossenschaftsbank ist mit stetig steigenden Anforderungen konfrontiert - beispielsweise durch verändertes Kundenverhalten, neue Technologien aber auch regulatorische Vorgaben und Marktveränderungen. Um in diesen volatilen Zeiten unseren satzungsgemäßen Auftrag der regionalen Versorgung unserer Mitglieder und Kunden gerecht zu werden, erachten wir die Bündelung unserer Kräfte für entscheidend.

Aus diesem Grund haben sich Vorstand und Aufsichtsrat der Volksbank Vorpommern eG und der Pommersche Volksbank eG dazu entschieden, Verhandlungen zu einer möglichen Verschmelzung zum 01.01.2023 aufzunehmen. Im Ergebnis soll die Verschmelzung beider Banken nicht nur die Leistungsfähigkeit bündeln und steigern, sie soll auch eine Investition in die Zukunft und damit die nachhaltige Existenzsicherung einer regionalen Genossenschaftsbank darstellen.

Pommersche Volksbank eG

Stralsund, 30. März 2023

Der Vorstand:



Martin Wangemann



Gerald Großmann